

**Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum
Entwurf des Haushaltsplans 11.12.2014**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

als heute vor 7 Wochen vom Landrat der 506-seitige Haushaltsplanentwurf eingebracht wurde, ahnten wohl noch nicht alle – insbesondere die neuen – Kreistagsmitglieder, welches Trauerspiel in den nächsten Wochen folgen sollte. In der damaligen Sitzung wurde noch heftig darüber gestritten, ob der Doppelhaushalt – wie von den Bürgermeistern und der Opposition gefordert - wieder zugunsten eines einjährigen Haushaltsplans abgeschafft werden soll. Nicht sehr überraschend wurden die vorgebrachten Bedenken, die die Einschränkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kommunen und Kreispolitik kritisierten, mehrheitlich vom Tisch gefegt. Die Befürworter führten gar an, die Verabschiedung von Doppelhaushalten ermögliche neue Spielräume für Verwaltungshandeln. Die seit Jahren überfällige Festlegung von Zielen und Kennzahlen beim NKF-Haushalt wäre damit in Zukunft möglich. Der ehrgeizige Zeitrahmen für die Verabschiedung des Haushaltes – alle Haushaltsberatungen innerhalb von 4 Wochen in den Fachausschüssen - sei gut zu schaffen, so Herr Biesenbach damals. Seine Fraktion sei jedenfalls bestens vorbereitet. Man müsse nur dem guten Beispiel der CDU folgen, die ihre Haushaltsklausur schon am nächsten Wochenende terminiert habe.

Da hat er den Mund doch reichlich voll genommen. Wären alle Fraktionen dem Beispiel der CDU gefolgt, dann hätte es in Fachausschüssen überhaupt keine Haushaltsberatung gegeben. Zwar setzte die Verwaltung das Thema Haushaltsberatung in den Fachausschüssen auf die Tagesordnung, doch die CDU-Fraktion war ständig indisponiert, forderte zunächst die Absetzung des Tagesordnungspunktes, ohne jedoch einen neuen Termin für die Beratung im Fachausschuss vorzuschlagen. War eine Absetzung nicht vermittelbar, dann nahm sie an der Beratung nicht teil und verlangte wegen Beratungsbedarf keine Beschlussfassung. Als wir dieses Gebaren öffentlich kritisierten, äußerte Herr Biesebach gegenüber der OVZ (19.11.): *„Früher sei es oft vorgekommen, dass Empfehlungen der Fachausschüsse später im Finanzausschuss geändert worden seien, so Biesenbach. Das wolle man vermeiden und alle haushaltsrelevanten Fakten in einem Paket behandeln und beschließen.“* Dazu muss man wissen: Herr Biesenbach ist als einziger Fraktionsvorsitzender in keinem Fachausschuss Mitglied. Die Angst, seine Fraktionsmitglieder könnten im Fachausschuss etwas beschließen, was er nachher im Kreistag korrigieren muss, ist dennoch unbegründet. Ich kann mich an

keinen einzigen Fall in der Vergangenheit erinnern, bei dem ein Votum des Fachausschusses später im Finanzausschuss wieder korrigiert wurde. Zudem: Im Finanzausschuss forderte diese sehr gut vorbereitete Fraktion erneut Beratungsbedarf und Vertagung der Beschlussfassung an.

Ehrlicher und konsequenter wäre es gewesen, wenn die CDU am 23.10.2014 unmittelbar nach der Einbringung des Entwurfs sofortige Abstimmung über den ungelesenen Haushaltsplanentwurf beantragt hätte. Dies hätte uns allen viel Frust erspart. Für die Öffentlichkeit hätte das vielleicht nicht so gut ausgesehen, aber es wäre immer noch besser gewesen, als uns dieses Trauerspiel von Ausschuss zu Ausschuss zu präsentieren.

Doch auch diejenigen Kreistagsmitglieder, die sich den Planentwurf ernsthaft vorgenommen haben, hatten damit nicht viele Freude. Angeblich sollte durch Einführung des NKF-Haushalts alles besser werden. Mit konkret definierten Zielen und Kennzahlen sollte insbesondere mehr Transparenz geschaffen werden. Bis heute gibt es diese Ziele und Kennzahlen im Oberbergischen Kreis nicht. Der aktuelle Planentwurf ist an Intransparenz nicht mehr zu überbieten. In unserer Fraktion sind wir uns einig: Das ist bewusst so gewollt. Ein Beispiel für die mangelnde Transparenz: Wer soll wissen, dass sich hinter dem Begriff "Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte" Eintrittsgelder für Schloss Homburg oder unter "Privatrechtliche Leistungsentgelte" der Umsatz des Museumsshops verbergen?

Zumindest hätten drastische Veränderungen oder Verschiebungen gegenüber dem letzten HH-Plan seitens der Verwaltung erläutert werden müssen. So schlägt z.B. die Verwaltung vor, die Personalaufwendungen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von bisher 136.992 € auf 177.345 € zu erhöhen. Zum Vergleich: in 2009 betrugen die Personalaufwendungen „nur“ - auch schon üppige - 118.303 €. Eine Begründung für diese 30%-ige Steigerung gegenüber 2014 enthält der Entwurf nicht. Würde ein Bürgermeister in einer Kommune seinem Rat einen solchen Vorschlag unterbreiten, so würde er ausgelacht. Hier wird dieses Verwaltungsgebaren von der Mehrheit unkommentiert durchgewinkt. Die Vermutung liegt nahe, dass mit den eingeplanten Mehraufwendungen der bevorstehende Landratswahlkampf von Herrn Hagt finanziert werden soll.

Wir fordern deshalb, diese Mittel um mindestens 50.000 € zu reduzieren und einen Teil davon für Klimaschutzaktivitäten bereitzustellen. Die Rückkehr des Kreises ins Klimabündnis „Allianza del Clima“ ist längst überfällig. Die Kosten hierfür sind etwa so hoch wie die Kosten der anschließenden Weihnachtsfeier. Erneut fordern wir für den Kreis ein integriertes Klimaschutzkonzept. Dieses sollte aus unserer Sicht zwei Schwerpunkte setzen. Einerseits sollten die vorhandenen Klimaschutzkonzepte der Kommunen besser koordiniert werden und

andererseits fordern wir ein klimaorientiertes Mobilitätskonzept für den Oberbergischen Kreis.

In unserem Nachbarkreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, fordert selbst die CDU im Rahmen eines Antrages zum Haushalt die Erstellung eines solchen Konzeptes und will 100.000 € im Kreishaushalt hierfür bereitstellen. Da in den Förderrichtlinien für Integrierte Klimaschutzkonzepte die Schwerpunktsetzung „Klimafreundliche Mobilität in Kommunen“ durchaus möglich ist, sollten wir dies aufgreifen um eine für Oberberg und seine Kommunen kostengünstigere Lösung zu ermöglichen. Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Ein Mobilitätskonzept ist sehr viel breiter angelegt als ein Nahverkehrsplan, der natürlich in dieses integriert werden sollte. Die gerade vom Kreistag und den Räten beschlossene Bewerbung um die Teilnahme am LEADER-Wettbewerb könnte zudem genutzt werden vielfältige Maßnahmen klimaschonender Mobilität im Kreis umzusetzen. Das vom Kreistag einvernehmlich beschlossene strategische Ziel „Die Mobilitätschancen im Kreisgebiet und zu den angrenzenden Ballungsräumen verbessern“ muss endlich ernst genommen werden.

Sehr bedauerlich ist, dass die Verwaltung die von den Kommunen im Rahmen des „Benehmensverfahrens“ eingebrachten Anregungen kaum aufgreift. Von den Kommunen wurden u.a. 43 Maßnahmen zur Haushaltssanierung aufgelistet, die Kommunen längst durchgeführt haben. Aufgegriffen wird davon nichts. Der Arbeitskreis Finanzen, einst gebildet aus Kreisverwaltung, Fraktionen und Vertretern der Kommunen, tagt seit Jahren nicht mehr. Die Motive hierfür sind aus Ihrer Sicht verständlich und nachvollziehbar. Sie wollen sich von den Bürgermeistern nicht in die Karten sehen und vorhalten lassen, dass dringend notwendige Strukturreformen beim Kreis im Gegensatz zu den Kommunen nicht angepackt werden. Sie wollen sich auch nicht vorhalten lassen, dass der Sparwille beim Kreis im Vergleich zu vielen Kommunen kaum vorhanden ist.

Wir setzen unsere Hoffnungen auf die Landratswahl im kommenden Jahr. Dann wird sich zeigen, ob die dringend notwendige Verwaltungsmodernisierung endlich angegangen wird oder ob alles beim Alten bleibt und u.a. an den antiquierten Hierarchiestufen beim Verwaltungsaufbau festgehalten wird. Aus unserer Sicht muss die erforderliche Verwaltungsstrukturreform bei der Verwaltungsspitze ansetzen. Hier gibt es den größten Handlungsbedarf, aber auch den größten Widerstand.

Bisher begreift die Verwaltungsspitze jede Forderung der Opposition und der Kommunen nach einer Verwaltungsmodernisierung lediglich als Bedrohung und nicht als Chance. Rat von außen ist grundsätzlich unerwünscht. Die Kreistagsmehrheit unterstützt die Reformunwilligkeit der

Verwaltungsspitze bisher nach Kräften. So geraten auch Haushaltsberatungen vollständig zur Farce, auch wenn Sie, Herr Biesenbach, in Ihrer Stellungnahme zum Haushalt den Eindruck zu erwecken suchen, alles sei ordnungsgemäß und vorbildlich abgelaufen.

Den vorliegenden Haushaltsplan lehnen wir aus den genannten Gründen ab. Die Kreistagsmehrheit hat alle unsere Anregungen abgelehnt und lässt selbst jeglichen Gestaltungswillen vermissen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Helmut Schäfer". The script is cursive and fluid.

Helmut Schäfer
Fraktionssprecher